

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	59. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	18. März 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

**Punkt 1 der Tagesordnung: Vergabe von Postdienstleistungen, Beförderung und Zustellung von Brief- und Paketsendungen für die Stadt Karlsruhe
Vorlage: 2014/0454**

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt - nach Vorberatung im Hauptausschuss - von den Erläuterungen Kenntnis und stimmt der Vergabe der Postdienstleistungen für die Stadt Karlsruhe für Los 1 und 2 in der Zeit vom 01.05.2014 bis 30.04.2016 mit der einmaligen Option auf Vertragsverlängerung bis maximal 30.04.2017 an arriva (Los 1) bzw. DPD (Los 2) und für Los 3 in der Zeit vom 05.05.2014 bis 09.05.2014 an die Deutsche Post AG zu.

Das Hauptamt wird ermächtigt, den betreffenden Bietern den Zuschlag zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Zustimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf:

Da bitte ich um das Kartenzeichen. - Es gibt noch eine Wortmeldung. Herr Stadtrat Dr. Leschinger.

Stadtrat Dr. Leschinger (GRÜNE): Nur eine kurze Anmerkung von meiner Fraktion, weil das einfach ein Thema ist, das uns unter den Nägeln brennt. In der Beschlussvorlage heißt es, die Firmen mussten sich zur Einhaltung der Regelungen des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes verpflichten. Wir hatten zu diesem Themenkomplex in der letzten Gemeinderatssitzung einen Antrag zur sozialen und nachhaltigen Vergabe, weil es uns einfach wichtig ist, wie das Bewusstsein für ökologische und soziale Kriterien bei der Ausschreibung der Verwaltung wächst. Damals gab es eine Stellungnahme der Verwaltung und eine Diskussion hier im Gemeinderat, wo der Tenor war, machen wir ja alles schon, wird alles innerhalb der Stadtverwaltung umgesetzt. Die Beschlussvorlage zeigt uns, dass da durchaus noch Luft nach oben ist.

Die Stadt verlangt aktuell bei der Ausschreibung für die Postdienstleistungen genau das, was eben sowieso gesetzlich vorgeschrieben ist, nämlich die Einhaltung des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes. Im konkreten Fall jetzt bei den Postdienstleistungen wäre zum Beispiel eine denkbare Option gewesen, man Dienstleister, die einen klimaneutralen Versand anbieten - das gibt es ja durchaus -, bei der Ausschreibung mit einem gewissen Prozentsatz in die Wertungskriterien einzubeziehen. Das ist nur ein Punkt.

Kurz zusammengefasst: Meine Fraktion wird dieser Vorlage zustimmen, aber uns ist doch wichtig, dass künftig, wenn es z. B. an die Verlängerungsoption geht oder an Vergabekriterien, dass man sich eben nicht auf dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz ausruht, sondern dass da durchaus auch noch andere Möglichkeiten bestehen. Die Stadt sollte von den Möglichkeiten durchaus Gebrauch machen, im Einzelfall die Einhaltung der Vorgaben auch zu überprüfen.

Der Vorsitzende: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. - Das ist einstimmig für diese Vorlage.

Zur Beurkundung:

Der Schriftführer:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
16. April 2014